

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 06.04.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.03.2017 auf flächendeckende Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch Vorlage: FB5/0591/2017	4
3 Unfall- und Kriminalentwicklung in Meerbusch im Jahre 2016; Bericht durch den Leiter der Polizei, Erster Polizeihauptkommissar Kurt Koenemann	4
4 Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden Vorlage: FB1/0550/2017	5
5 Kommunales Wildtierverbot für städtische Flächen Vorlage: BM/0589/2017	5
6 Finanzierung der Sanierung Notunterkunft Meerbusch-Gymnasium Vorlage: SFI/0588/2017	6
7 1. Bericht zur Finanzsituation 2017 zum 31.03.2017 Vorlage: SFI/0166/2017	6
8.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0595/2017	6
8.2 Bericht der Wirtschaftsförderung	7
9 Anträge	7
10 Anfragen	7
10.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 4. April 2017 - Self-Service-Terminal in Behörden Vorlage: ZD/0081/2017	7
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
12 Termin der nächsten Sitzung: 25. April 2017 (gemeinsam mit dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften)	7
13 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr

Ende der Sitzung: 20:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertreterin für Ratsfrau Pricken ab TOP 6

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied anwesend bis TOP 5

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertreter für Ratsherrn Leo Jürgens bis TOP 7

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Björn Kerkmann Referent der Bürgermeisterin

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Heike Reiß
Herr Arnd Römmler
Frau Bettina Scholten

Wirtschaftsförderungsreferat
Fachbereich 1
Bereichsleiterin Fachbereich 1

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz

Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Leo Jürgens

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Bürgerin 1 fragt nach, ob es verwaltungsseitig möglich wäre, bezüglich des Themas „Car-Sharing“ einen runden Tisch unter Beteiligung der Wirtschaftsförderung, der Klimaschutzbeauftragten, des BUND und der Car-Sharingnutzer zu initiieren, um die Nutzungszahlen und die Akzeptanz zu erhöhen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt eine Prüfung zu. Grundsätzlich müsse dies möglich sein.

Die Frage von Bürger 2 nach einem Verkehrskonzept für den Ortsteil Osterath beantwortet Techn. Beigeordneter Assenmacher.

2 **Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.03.2017 auf flächendeckende Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch** Vorlage: FB5/0591/2017

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Vorlage. Frau Dr. Blaum vom BUND nimmt zu dem Antrag Stellung und bittet darum, die Stufe 1 des von der Verwaltung in der Beratungsvorlage dargestellten zweistufigen Verfahrens zu überspringen, da eine Übersicht über die vorhandenen Tempo 30-Regelungen schon vorhanden sei.

Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion die in der Beschlussempfehlung formulierte Empfehlung nicht mittrage. Die Verweisung solle ohne Einschränkungen an den zuständigen Fachausschuss, den Bau- und Umweltausschuss, erfolgen. Zudem müsse es möglich sein, dort wo Bedarf sei, weiterhin jederzeit neue Tempo 30-Zonen einzurichten.

Technischer Beigeordneter Assenmacher verweist auf das noch zu vergebende Verkehrsentwicklungskonzept. Dieses Konzept sei notwendig, da der Verkehr in den letzten 20 Jahren erheblich zugenommen habe. Zudem seien auch die Straßen zu betrachten, die sich in der Baulast von Straßen NRW befänden. Ein solches Konzept könne auch Lösungen aufzeigen, an die bisher keiner gedacht habe.

Anschließend signalisieren alle Fraktionen, dass sie eine Überweisung an den Bau- und Umweltausschuss ohne einschränkende Empfehlung aussprechen wollen. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend angepasst.

3 **Unfall- und Kriminalentwicklung in Meerbusch im Jahre 2016; Bericht durch den Leiter der Polizei, Erster Polizeihauptkommissar Kurt Koenemann**

Herr Erster Polizeihauptkommissar Kurt Koenemann, Leiter der Polizeiwache Meerbusch, berichtet über die Unfall- und Kriminalitätsentwicklung in Meerbusch im Jahre 2016 und beantwortet Zusatzfragen aus den Reihen des Ausschusses. Der Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

4 Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden
Vorlage: FB1/0550/2017

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die beigefügte Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden und Ratsbürgerentscheiden zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage. Ratsherr Peters erklärt, die Kooperation aus CDU und Grüne halte eine Stimmabgabe ausschließlich per Briefwahl nicht für ausreichend. Man müsse den Bürgerinnen und Bürgern auch eine Abstimmung in einem Wahllokal anbieten. Insofern schlage er vor, in die Satzung eine Regelung zur Stimmabgabe auch in einem Wahllokal aufzunehmen, wobei diese auf einen Tag beschränkt sein könne. Dieses Wahllokal solle vorzugsweise in dem Stadtteil, der das Konfliktpotential des Abstimmungsthemas betreffe, eingerichtet werden. Dieser Auffassung schließen sich Vertreter/innen aller Fraktionen an.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage sagt eine entsprechende Überarbeitung des Satzungsentwurfes durch die Verwaltung, rechtzeitig vor der Sitzung des Rates zu. Der angepasste Satzungsentwurf (und die Darstellung der Änderung zum ursprünglichen Entwurf) sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

5 Kommunales Wildtierverbot für städtische Flächen
Vorlage: BM/0589/2017

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat folgendes Wildtierverbot zu beschließen:

Der Rat beschließt, Flächen in städtischem Eigentum oder Besitz künftig nur noch Zirkusbetrieben oder Veranstaltern zu überlassen, die keine Tiere wild lebender Arten, sogenannte Wildtiere, mitführen. **Wildtiere** in diesem Sinn sind insbesondere Affen, antilopenartige Tiere, Bären, Elefanten, Flusspferde, Giraffen, Greifvögel, Großkatzen, Kängurus, Nashörner, Papageien, Reptilien (Krokodile, Schlangen, Echsen u.a.), Robben, Strauße, Wildformen von Rindern sowie Zebras.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
UWG	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15		2

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage nimmt Bezug auf die Beratungsvorlage. Ratsherr Peters begrüßt die Verwaltungsvorlage. Ratsherr Damblon erklärt, die CDU-Fraktion werde die Beschlussempfehlung ebenfalls mittragen. Ratsherr Rettig erklärt, dass die FDP-Fraktion nicht zustimmen werde und verweist auf die Stellungnahme des Dachverbandes der wildtierführenden Zirkusse. Die entsprechenden Kontrollen und die hierzu erlassenen Vorschriften sicherten eine ausreichende Überwachung. Ratsherr Marc Becker erklärt, dass entsprechende Satzungen schon von zahlreichen Gerichten für nicht rechtens befunden wurden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass die Verwaltung dies abgeprüft habe und davon ausgehe, dass die Satzung auch vor Gericht Bestand haben werde.

6 Finanzierung der Sanierung Notunterkunft Meerbusch-Gymnasium Vorlage: SFI/0588/2017

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt als dringliche Entscheidung gemäß § 60 (1) S. 1 GO NRW der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung durch den Kämmerer in Höhe von 1.620.000 € bei 7.01012110.710.001 Sanierung Notunterkunft Meerbusch-Gymnasium zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer Fiebig erläutert die Beratungsvorlage.

7 1. Bericht zur Finanzsituation 2017 zum 31.03.2017 Vorlage: SFI/0166/2017

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0595/2017

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Beratungsvorlage. Ratsherr Rettig verweist auf die mittlerweile zahlreichen Urteile und fragt nach, ob die Gefahr bestehe zum Nachweis evtl. konkrete Zahlungen vornehmen zu müssen. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass man eine Beurteilung aufgrund einer Selbsteinschätzung der Veranstaltungen und eigener Beobachtungen vorgenommen habe. Das Risiko einer Klage bestehe immer, wie das Gericht diese Selbsteinschätzung dann abwägen werde, bleibe abzuwarten.

8.2 Bericht der Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderin Heike Reiß trägt den Bericht zur Wirtschaftsförderung in Form einer Powerpoint-Präsentation vor. Sie beantwortet Fragen aus Reihen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage angefügt.

9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10 Anfragen

10.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 4. April 2017 - Self-Service-Terminal in Behörden Vorlage: ZD/0081/2017

Erster Beigeordneter Maatz beantwortet die Anfrage dahingehend, dass sich die ITK-Rheinland (IT-Dienstleister der Stadt Meerbusch) mit der Thematik befasse. Ein Terminal sei derzeit beim Verbandsmitglied Mönchengladbach im Einsatz. Dort habe man durchaus positive Erfahrungen gemacht.

Fraglich sei, wie es bei weniger frequentierten Bürgerbüros aussehe. Ein Einsatz in Meerbusch werde geprüft. Es gebe unterschiedliche Finanzierungsmodelle, wie auch die Möglichkeit die Geräte zu kaufen oder zu leasen. Wesentlich ist jedoch bei der Beurteilung eines möglichen Einsatzes in Meerbusch, der Platzbedarf. Inklusive der notwendigen Bewegungsflächen für die Nutzer benötige das Gerät etwa 2,3m in der Höhe, 1,2 m in der Breite und 2m in der Tiefe. Bei der Aufstellung sind auch Datenschutzaspekte sowie der Gesichtspunkt der sozialen Kontrolle zu beachten. Man befinde sich weiterhin in der Prüfphase.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Zusätzlich informiert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage den Ausschuss darüber, dass sich die Stadt Meerbusch dem Kennzahlenmodell der IKVS angeschlossen habe. Hier seien mittlerweile über 100 Kommunen angeschlossen. Das Programm verspreche nach einem ersten Eindruck aussagekräftige Kennzahlen und Kennzahlenvergleiche. Inwieweit diese in den Haushalt integriert werden können, werde derzeit geprüft.

12 Termin der nächsten Sitzung: 25. April 2017 (gemeinsam mit dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften)

Die nächste Sitzung findet gemeinsam mit dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften am 25. April 2017 zum Thema Stadtentwicklungskonzept statt.

Am 22. Juni 2017 findet die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses statt.

13 Verschiedenes

Ratsherr Marc Becker fragt, ob der gesteckte Kostenrahmen bei der Tour de France eingehalten werde. Man höre von Nachbarkommunen, dass die Sicherheitskonzepte zusätzliche Kosten verursachen würden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass entgegen der ursprünglichen Angaben deutlich höhere Sicherheitsmaßnahmen von den Kommunen erbracht werden müssten, als zunächst erwartet. Für den 25. April 2017 sei eine Besprechung in Düsseldorf terminiert, bei der die Inhalte der Sicherheitsanforderungen näher konkretisiert würden.

Ratsherr Becker fragt des Weiteren, welche Gebühren anlässlich des Festes auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz erhoben würden. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage antwortet, die Stadt habe mit verschiedenen Agenturen Gespräche zur Organisation und Ausrichtung des Side-Events geführt. Bestandteil des Events werde auch das Fest des Sportes mit der Sportlerehrung. Dabei würden sich auch zahlreiche Sportvereine präsentieren.

Pressereferent Gorgs erläutert weiter, dass insgesamt vier Anbieter ein Angebot für das Side-Event abgegeben hätten. Als Equipment seien von diesen u.a. eine Veranstaltungsbühne, die Bühnentechnik mit Betreuung, eine Platzmöblierung, Toilettenwagen pp.zu stellen. Die Angebotssummen hätten bei hohen 5-stelligen Beträgen gelegen. Ein Anbieter, der Winterweltwirt und ein ortsansässigen Event- und Bewirtschaftungsunternehmen, hätte ein Angebot unterbreitet, welches keine Zahlungen von Seiten der Stadt erwarte.

Ratsherr Becker ist der Auffassung, dass ein formales Ausschreibungsverfahren erforderlich gewesen wäre.

Ratsherr Damblon lobt das Verwaltungsvorgehen, der es gelungen sei, ohne signifikante Haushaltsbelastung das Radrennen nach Meerbusch zu holen, zudem eine tolle Veranstaltung auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platz den Bürgerinnen und Bürgern und Besuchern bieten.

Meerbusch, den 20. April 2017

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in